

Einig in der Bedeutung des „Gyms“

CDU-Landtagsabgeordnete informieren sich im Schulzentrum – Ehlen: Gymnasium hat erheblichen Nachholbedarf bei Investitionen

VON RAINER KLÖFKORN

BREMERVÖRDE. Um die in unterschiedlicher Trägerschaft befindlichen Schulen im Engerer Schulzentrum auf die Zukunft auszurichten, müssten Landkreis und Stadt möglichst schnell Gespräche aufnehmen. Der Runde Tisch für den Sekundar-I-Campus, den das ehemalige Stadtratsbündnis kurz vor seinem Abschluss hat, reiche dazu nicht aus. Darauf hat die Leiterin des Bremervörder Gymnasiums, Dr. Elke Richlick, am Mittwoch bei einem Informationsbesuch der CDU-Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Hans-Heinrich Ehlen hingewiesen.

Ehlen, zuständiger Wahlkreisabgeordneter, hatte bei seinem Besuch „Verstärkung“ aus dem Stader Nachbarkreis mitgebracht. Sein Parteifreund Kai Seefried ist schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. In Kontakt mit der Schulleitung sowie Manfred Bordiehn vom Personalrat, Elternsprecherin Berit Nießen-Hohmeyer und Schülervertreter Thorben Kolbe wurde neben der aktuellen Landesschulpolitik auch die Situation des Gymnasiums angesprochen.

Alle Beteiligten, so danach Oberstudiendirektorin Elke Richlick gegenüber unserer Zeitung, seien sich einig, dass der Erhalt der Schule als funktionierendes System Priorität haben müsse. Es bestehe Konsens darin, dass eine Gesamtschule – wie von einigen Bremervörder Ratsmitgliedern favorisiert – oder auch eine Oberschule mit gymnasialem Zweig erhebliche negative Auswirkungen auf das Gymnasium hätten. Richlicks Stellvertreter Horst Horlbor-



Oberstudiendirektorin Elke Richlick und der stellvertretende Schulleiter Horst Horlborge (rechts) begrüßten am Mittwoch im Bremervörder Gymnasium die CDU-Landespolitiker Hans-Heinrich Ehlen (links) aus Kalbe und Kai Seefried aus Drochtersen.

Foto: Klöfkorn

ge dazu: „Wenn die Schule an Schülern verliert und nur noch zweiwüzig ist, kann das jetzige Unterrichtsniveau nicht aufrecht erhalten werden.“

Der Ruf des Bremervörder Gymnasiums sei sehr gut, der Schule werde eine hohe Qualität bescheinigt, bestätigte Ehlen. „Auch die umliegenden Gemeinden stehen hinter dieser Schulform“, meinte der Christdemokrat. „Alle Beteiligten sollten sich davor hüten, sie leichtfertig auf-

Spiel zu setzen.“ Gefordert sei aber auch der Landkreis, fügte Ehlen hinzu. Gegenüber den Gymnasien in Zeven und Rotenburg weise die Bremervörder Schule einen Nachholbedarf bei Investitionen auf. „Das ist fast schon grenzwertig“. Es bestehe teilweise dringender Sanierungsbedarf, auch die Ausstattung müsse verbessert werden, stellten er und Seefried nach einem Rundgang fest.

Unbefriedigend und wenig ziel-

führend, so die Schulleiterin, sei aber auch die derzeitige schulpolitische Diskussion in Bremervörde. Sie sei irritiert darüber, dass weder sie als Leiterin des Gymnasiums noch ihr Kollege von den Berufsbildenden Schulen als stimmberechtigtes Mitglied dem von SPD, Grüne/FDP und WG Pro Bremervörde beschlossenen Runden Tisch angehören sollen.

Nicht nur deshalb ist die Oberstudiendirektorin überzeugt: Der Runde Tisch sei für die Planung

des Sekundar-I-Campus als alleiniges Gremium nicht ausreichend. „Die Stadt darf sich nicht auf den Runden Tisch beschränken“, warnte Richlick. Da es auch um Themen gehen müsse wie eine gemeinsame Mensa oder Mediothek, pflichtete ihr Ehlen bei, müssten unbedingt Vertreter des Landkreises und der beiden Kreisschulen dort beteiligt sein.

Thema in der Debatte über die aktuelle Landesschulpolitik war unter anderem die Frage nach dem Abitur nach zwölf oder 13 Schuljahren. Seefried erläuterte die Position seiner Partei: Die CDU plädiere für eine Rückkehr zum G9-Abitur, aber verbunden mit der Möglichkeit, das G8-Abitur anzubieten. Bei Schulbesuchen habe er die Erfahrung gemacht, dass die Meinung der Gymnasiasten uneinheitlich sei. Von daher möchte die CDU beide Möglichkeiten offen halten und werde dies, so ihr schulpolitischer Sprecher, mit einem „guten Konzept untermauern“.

Seinen Beobachtungen nach, sagte der Abgeordnete aus dem Landkreis Stade, sei die Stimmung in den niedersächsischen Gymnasien „dramatisch“. Neben der umstrittenen Arbeitszeitverlängerung für die Lehrer bestehe die Sorge, dass diese funktionierende Schulform gegenüber den Gesamtschulen zurückgesetzt werde. Die angekündigten Pläne der rot-grünen Landesregierung für die angekündigte große Schulgesetznovelle ließen vermuten, dass die Gymnasien geschwächt und nicht gestärkt würden. „Das beobachten wir mit großer Sorge“, meinte der 36-Jährige.